

# Ostland-Berichte

Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Bei Rückfragen ist auf die am Schlusse jedes Artikels stehende Nummer Bezug zu nehmen.

## Inhaltsverzeichnis.

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

### Propaganda.

Kostrzewski, J., Die moralische Eroberung Pommerellens in der Meinung der Welt . . . . .	57
Polen und das Kloster Oliva . . . . .	59
Oberschlesische Probleme in der Literatur. Ein polnisches Preisauschreiben . . . . .	59
Das zukünftige „Schlesische Museum“ in Kattowitz . . . . .	60

### Forschungsergebnisse.

Die Vergangenheit Pommerellens als Gegenstand der polnischen Geschichtsforschung . . . . .	60
Frankiewicz, Cz., Geschichte Pommerellens im Abriss . . . . .	64
Muka, E., Die sorbischen Ortsnamen und ihre Bedeutung . . . . .	67
Karnowski, J., Wissenschaftliche Beziehungen Ceynowas zu den Russen . . . . .	67

### Politische Fragen.

Karnowski, J., Polnische Studentenverbindungen an westeuropäischen Hochschulen im 19. Jahrhundert . . . . .	68
Das polnische Schulwesen in Danzig . . . . .	69
Stoliński, Z., Die Eingabe der Deutschen an den Völkerbund wegen der Agrarreform in Polen . . . . .	71
Die angebliche Verminderung des polnischen Grundbesitzes in den Westgebieten . . . . .	72

### Wirtschaft.

Siebeneichen, A., Entwicklung des Danziger Hafens im Jahre 1927 . . . . .	72
Der Seehafen in Dirschau . . . . .	74
Unter welchen Bedingungen arbeitet die ober-schlesische Industrie? . . . . .	75
Kwiatkowski, J. H., Die Stadt Gdingen . . . . .	75

## Kostrzewski, J. Die moralische Eroberung Pommerellens in der Meinung der Welt.

Der schon vielfach genannte Professor der Vorgeschichte an der Universität Posen beschäftigt sich in einem Zeitungsaufsatz mit der angeblich bedrohten Lage, in der sich Pommerellen infolge der systematischen und energischen Propaganda der Deutschen befindet. Man habe in Polen selbst noch bei weitem keine genügende Vorstellung von der Bedeutung Pommerellens für Polen: „selbst in den höchsten und am meisten verantwortungsvollen Kreisen stoßen wir oft auf ein vollkommenes Unverständnis für die Bedeutung, welche der Besitz Pommerellens für uns hat. Und noch im vergangenen Jahre hörte ich aus dem Munde eines der Starosten in Kongreßpolen Ausdrücke aufrichtiger Verwunderung darüber, daß wir mit solcher Hartnäckigkeit Pommerellen verteidigen, statt es den Deutschen im Tausch z. B. gegen Memel zurückzugeben.“

Diese Äußerungen seien jedoch Ausnahmen, und der Prozeß der geistigen Verschmelzung Pommerellens mit Polen gehe schnell vorwärts. Beunruhigend aber sei die Tatsache, daß die öffentliche Meinung der Welt so gar nicht über Pommerellen orientiert sei: „selbst aufs allerfreundlichste für Polen gesonnene Leute, die sich aufrichtig über unsere Wiedergewinnung der Unabhängigkeit freuten, geben aber, wenn das Gespräch das Problem Pommerellen berührt, ihrer Befürchtung Ausdruck, daß wir in diesem Falle zweifellos die Deutschen geschädigt haben, denn es könne doch nicht ein in zwei Teile zerteilter Staat bestehen. Sogar in dem verbündeten Frankreich hört man in gewissen Kreisen die Meinung, daß Pommerellen im Interesse des allgemeinen Friedens den Deutschen zurückgegeben werden müsse“. Es sei also zu befürchten, daß, wenn nichts unternommen werde, Polen in der Meinung der Welt seine Ansprüche auf Pommerellen bald verloren haben werde. Und dies sei um so bedenklicher, als es „nicht dem geringsten Zweifel unterliege, daß wir in einigen oder 10—20 Jahren einen entscheidenden Kampf mit den Deutschen um den Besitz Pommerellens werden ausfechten müssen“.

Die Welt müsse davon überzeugt werden, „daß Pommerellen ein urpolnisches Land ist, an das wir ein ererbtes Anrecht besitzen“. Bei Pommerellen handele es sich nicht um ein historisches Problem, es gehe auch nicht um den Verlust oder die Erhaltung Pommerellens, sondern „es handelt sich geradezu um den Bestand des polnischen Staates, der nach dem Verlust Pommerellens, der Gnade Deutschlands ausgeliefert, nur vegetieren kan“.

Man dürfe nicht warten, bis die englische Übersetzung des vor kurzem erschienenen polnischen Sammelwerkes „Pommerellen in der Vergangenheit“ erschienen sei<sup>1)</sup>. Man müsse möglichst bald „eine populäre Broschüre schreiben, welche die Geschichte Pommerellens und seine ethnographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse behandle. Und nachdem man diese ins Englische, Französische und vielleicht auch Deutsche übersetzt habe, müsse man sie in großer Auflage erscheinen lassen und kostenlos der gesamten ausländischen Presse, allen Parlamentariern, den Professoren aller Universitäten, ferner an alle hervorragenden Vertreter der Wissenschaft und Kunst in Europa und Nordamerika zusenden. Diese Broschüre sollte nicht allzu umfangreich sein, denn dann liest sie kaum einer zu Ende, sie müßte illustriert sein durch Karten (einige historische Karten, Karten über die ethnographischen Verhältnisse vor dem Kriege und in der Gegenwart), welche oft eindringlicher überzeugen als lange Ausführungen. Und endlich müßte diese Broschüre sich ausschließlich auf amtliches Material stützen, damit ihre Authentizität nicht in Zweifel gezogen werden könnte. In der Darstellung müßte darauf hingewiesen werden, daß neben dem Problem des sogenannten „Korridors“ eine nicht weniger wichtige ostpreußische Frage besteht, die untrennbar mit diesem verbunden ist; daß es ferner außer den 175 000 „bedrängten“ Deutschen in Pommerellen noch eine Viertelmillion Masuren und einige Zehntausend (polnische) Volksgenossen in Ermland und in der Weichselgegend gibt, die im beschleunigten Tempo germanisiert werden; daß die Deutschen in Ostpreußen nicht einheimisch sind, sondern Eindringlinge, verhältnismäßig jungen Datums“. Überhaupt müsse man von polnischer Seite jetzt endlich zum Angriff übergehen, denn „Polen hat nicht nur nichts, was es den Deutschen abgeben könnte, sondern muß ihnen noch beträchtliche Gebiete rein polnischen Landes abnehmen. Nicht Deutschland ist durch den Traktat von Versailles geschädigt worden, sondern Polen, das sowohl in Pommerellen als auch in Posen nur einen Teil der Länder zurückerhielt, die uns zu Zeiten der Teilungen geraubt worden sind, während man den Rest den Deutschen ließ und ihnen so geradezu eine Prämie für erfolgreiche Germanisation auf diesen Gebieten verlieh“.

<sup>1)</sup> Gemeint ist hier wahrscheinlich der Ende 1927 in Posen erschienene 3. Band der „Roczniki historyczne“ (Historische Jahrbücher).

Es müßten endlich Mittel gefunden werden, nicht nur für eine einmalige, sondern für eine systematisch angelegte, dauernde Propaganda, die ihre Grundlage in einem zu errichtenden „Komitee für die Verteidigung Pommerellens“ erhalten müßte.

[„Kurjer Poznański“, Nr. 130 (19. III. 1928), S. 2; „Słowo Pomorskie“, Nr. 71 (25. III. 1928), S. 4.] **(50)**

### Polen und das Kloster Oliva.

Die Warschauer Zeitung „Głos Prawdy“ widmet der 750-Jahrfeier des Klosters Oliva einen längeren Aufsatz, der einige unverständliche aber recht bezeichnende Bemerkungen enthält. Von der Gründungsurkunde des Klosters aus dem Jahre 1178 heißt es: „diese in lateinischer Sprache abgefaßte Urkunde ist gewissermaßen das erste historische Dokument des alten Polens<sup>1)</sup>, das bis auf den heutigen Tag sich erhalten hat“.

Wie diese von dem pommerellischen (kaschubischen) Landesherrn ausgestellte Urkunde, so wird auch der Klosterbau selbst für Polen reklamiert: „heute ist es (sc. das Kloster) eines der ältesten polnischen Architekturdenkmäler<sup>1)</sup>, die bis zur Gegenwart erhalten geblieben sind“.

In diesen Bemerkungen liegt nicht so sehr Unkenntnis der wahren Verhältnisse, als bewußte Methode, die Geschichte Pommerellens und Danzig als einen Teil der Geschichte Polens hinzustellen.

Zur ersten Behauptung wäre noch zu bemerken, daß gerade ein polnischer Forscher, der Pfarrer St. Kujot (in seiner in polnischer Sprache geschriebenen Geschichte Pommerellens, erschienen in den „Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu“, Jhg. 20, Thorn 1913, S. 286 ff.) in der That sache, daß der Fürst der Pommereller, Sambor, das Kloster begründet und darüber im Jahre 1178 eine Urkunde ausgestellt hat, den Beweis dafür sieht, daß Pommerellen damals nicht zum polnischen Reiche gehörte. Ueberdies weist darauf auch die That sache hin, daß die ersten Zisterziensermönche nach Oliva nicht aus einem der polnischen Zisterzienserklöster kamen, sondern aus Kolbatz bei Steffin.

Auch die zweite Behauptung, das Klostergebäude von Oliva sei eines der ältesten polnischen Architekturdenkmäler, widerspricht allen historischen That sachen. Die ältesten heute erhaltenen Bauteile stammen noch aus dem ersten Drittel des 13. Jahrhunderts, also der Zeit, da Oliva zum Staate des Herzogs Swantopolk gehörte, des energischen Verteidigers der staatlichen Selbständigkeit Pommerellens gegenüber Polen. Der übrige Bau stammt bis auf die Helme der beiden Türme, den Dachreiter und die Innenausstattung aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, mithin einer Zeit, da Oliva und ganz Pommerellen zum Staate des Deutschen Ritterordens gehörten und an dessen kultureller Entwicklung, die damals eine bedeutende Höhe erreichte, den engsten Anteil hatten.

[„Głos Prawdy“, Nr. 86 (26. III. 1928), S. 3.] **(39)**

### Oberschlesische Probleme in der Literatur.

#### Ein polnisches Preisausschreiben.

Die Schlesische Literarische Gesellschaft (Śląskie Towarzystwo Literackie), vertreten durch den Wojewoden von Oberschlesien Dr. Grażynański und der Konservator für Polnisch-Oberschlesien Dr. Dobrowolski erlassen in der polnischen Presse einen gemeinsamen Aufruf, in welchem zwei Preise von je 12 500 Złoty und einer von 10 000 Złoty ausgesetzt werden und zwar die ersten

<sup>1)</sup> Von uns gesperrt. (Red.)

beiden Preise: für die beste Erzählung und für das beste Drama, die beide einen oberchlesischen Stoff behandeln, der entweder aus der Vergangenheit oder Gegenwart Oberschlesiens genommen werden kann. Besonders erwünscht sei es, wenn die oberchlesischen Aufstände der Jahre 1919—1921 zum Gegenstand der Erzählung oder der dramatischen Behandlung gemacht würden. Die oberchlesische Mundart soll nur in beschränktem Maße Verwendung finden und der Autor solle sich hierbei immer vor Augen halten, daß diese literarischen Erzeugnisse den breiten Massen in ganz Polen verständlich sein müßten. Der Preis von 10 000 Zloty ist für die beste Prosafarstellung bestimmt, die in einer allgemeinverständlichen aber doch künstlerischen Form eine Beschreibung der Wojewodschaft Oberschlesien bietet. Und zwar sollen in dieser Darstellung möglichst alle Gebiete berücksichtigt werden, also z. B. die physikalische Geographie, Vorgeschichte, Geschichte, Demographie (Statistik, Dorf- und Stadttypen), Ethnographie, Literatur, wirtschaftliche Probleme usw. Wenn auch die Angaben zuverlässig sein müssen, so wird nicht so sehr Wert auf wissenschaftlichen Charakter der Darstellung gelegt, als darauf, daß sie alle Gebiete berücksichtigt und formvollendet ist. Der Ablieferungstermin für alle drei Arbeiten läuft bis zum Oktober 1929.

Das Schiedsrichteramt werden ausüben: Der Wojewode von Oberschlesien, der Leiter der Kunstabteilung bei der oberchlesischen Wojewodschaft, ein Delegierter des Kunstdepartements im Kultusministerium, zwei Delegierte des Berufsverbandes polnischer Schriftsteller und schließlich ein Literaturprofessor von einer der polnischen Universitäten.

Zu diesem Preisausschreiben wäre zu bemerken, daß die aufgesetzten Preise für polnische Verhältnisse als sehr hoch anzusehen sind. Sie stellen — selbst der Preis von 10 000 Zloty — das doppelte Jahresgehalt eines akademisch gebildeten höheren Beamten dar. Es wäre dringend zu wünschen und unbedingt notwendig, daß die in Betracht kommenden deutschen Ämterstellen und Verbände zu einem entsprechenden Schritt mit entsprechenden Honoraren sich bereit finden ließen.

[Referat über diesen Aufruf z. B. im „Czas“ vom 23. IV. 1928. Abdruck des Aufrufs im „Kurjer Wileński“ Nr. 85 (15. IV. 1928), S. 3.] **(42)**

### Das zukünftige „Schlesische Museum“ in Kattowitz.

Bei der schlesischen Wojewodschaft ist eine Abteilung für Kunst geschaffen worden, die dem Konservator Dr. L. Dobrowolski untersteht. Hauptaufgabe dieser Abteilung ist, für die Errichtung eines „Schlesischen Museums“, das in Kattowitz seinen Sitz haben soll, die vorbereitenden Arbeiten zu leisten. Dieses Museum soll ein möglichst vollständiges Bild der oberchlesischen Kunst, Volkskunde und Naturkunde geben und daher sowohl prähistorische Denkmäler enthalten als auch Gegenstände der kirchlichen und der weltlichen Kunst, der Volkskunst, ferner biologische und geologische Exponate. Außerdem soll es die oberchlesische Industrie berücksichtigen und schließlich eine besondere Abteilung für Erinnerungsfstücke an den letzten oberchlesischen Aufstand erhalten. Vorhanden sind schon eine Sammlung von Gemälden und Zeichnungen, die vorläufig im Wojewodschaftsgebäude untergebracht worden ist, ferner mehrere Privatsammlungen in einzelnen Orten Oberschlesiens, die schon jetzt der Verwaltung des Konservators Dr. Dobrowolski unterstellt worden sind und später in dem Museum Aufstellung finden sollen.

[„Kurjer Poznański“, Nr. 16 (11. 1. 1928), S. 8.] **(40)**

### Die Vergangenheit Pommerellens als Gegenstand der polnischen Geschichtsforschung.

Dem im Dezember 1925 in Posen tagenden IV. Kongreß polnischer Historiker lagen drei Referate zur Diskussion vor, die sich mit

(Die Vergangenheit Pommerellens als Gegenstand der polnischen Geschichtsforschung.)

der Erforschung der Vergangenheit Pommerellens beschäftigt: 1. A. Mańkowski: „Über die Aufgaben der pommerellischen Geschichtsschreibung“; 2. J. MocarSKI: „Über die Erforschung der Geschichte Pommerellens und Ostpreußens“; 3. F. Papée: „Der Streit um das baltische Pommern 1343—1525“.

Das Referat des Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft in Thorn“, des Pfarrers Mańkowski, das übrigens mit einer bemerkenswerten Objektivität abgefaßt ist, beginnt mit der Forderung, daß die pommerellische Geschichtsforschung „das Polentum in Pommern ausgraben“ müsse. Das bedeute nicht, daß die deutschen Forscher, die sich bisher fast ausschließlich mit der Geschichte Pommerellens beschäftigt hätten, absichtlich und aus Geringschätzung das Polentum unbeachtet gelassen hätten. Sie hätten vielmehr diese Frage gegenüber den ihnen mehr am Herzen liegenden Problemen, der Erforschung der Ordenszeit und der Zeit nach dem Jahre 1772 vernachlässigt. Aufgabe der polnischen Forschung müsse sein: „die bisherigen Untersuchungsergebnisse zu prüfen, dem polnischen Volkstum ohne Benachteiligung der anderen den ihm zukommenden Platz in der Geschichte des Staatswesens und der Zivilisation zuzuweisen, in Übereinstimmung mit dem historischen Gewissen richtigzustellen und zu ergänzen, um so sich immer mehr der Wahrheit zu nähern und die wirkliche Sachlage in der Vergangenheit kennen zu lernen“.

Einer besonders eingehenden Untersuchung und zwar auf der Grundlage der allgemein im Mittelalter geübten Urkundenfälschungen bedürfe die Frage der Urkundenfälschungen durch den Deutschen Orden (hierüber ist bekanntlich vor mehr als zwanzig Jahren eine Kontroverse zwischen dem deutschen Forscher M. Perlbach und dem polnischen Forscher W. Kętrzyński entstanden). Die Geschichte der Städte Pommerellens liege noch sehr im Argen; die Geschichte Danzigs von P. Simson sei unvollendet; die Geschichte Thorn's sei über 80 Jahre alt. „Nicht gleichgültig ist auch das Schicksal Elbings mit Rücksicht darauf, daß auch dort, wenn auch schwach, polnisches Leben pulsierte (!). Gerade die Nationalitätenverhältnisse in den größeren und kleineren Städten sind in den Einzelheiten fast unbekannt, ihre Bearbeitung wäre eine aktuelle Angelegenheit.“

Auch die Erforschung der Besiedlung sei sehr vernachlässigt. Auf dem Gebiete der Kirchengeschichte müßte insbesondere das Thorner Blutgericht von 1724 und aus der neuesten Zeit der Kulturkampf Gegenstand eingehender Untersuchung sein.

MocarSKI bespricht in seinem Referat die allgemeinen wissenschaftlichen Grundlagen für eine Erforschung der Geschichte Pommerellens und behandelt hierbei eingehend die Bibliotheks- und Archivfrage. Die Pflichtexemplare der in Westpreußen gedruckten Werke seien in der Zeit der deutschen Herrschaft nach Königsberg und Berlin gegangen. Aufgabe der Revindikationsfähigkeit sei es, wenigstens eine Anzahl dieser Pflichtexemplare, z. B. aus Königsberg, zurückzufordern und in Thorn zu Aufstellung zu bringen: „Wir müssen endlich die Angelegenheit unserer Forderungen in Danzig und Berlin-Königsberg, wohin aus dem Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen ein Teil der Drucke und der Handschriften aus den westpreußischen Klöstern geschafft worden ist, zu einem günstigen Abschluß bringen. Da Danzig auch weiterhin der wichtigste Punkt für archivalische Forschungen zur Geschichte Westpreußens sein wird, müßte daraus die Notwendigkeit erwachsen, für die Dauer alle möglichen Erleichterungen und vielleicht sogar dort eine kleine wissenschaftliche Station für polnische Forscher, die für eine Zeitlang sich in dieser Stadt aufhalten, zu schaffen“.

F. Papée beginnt sein Referat über den „Streit um das baltische Pommern 1343—1525“ mit dem bemerkenswerten Hinweis, daß die polnische Forschung damit beschäftigt sei, die Rechtmäßigkeit des Kaiserlichen Friedens vom Jahre 1343 in Zweifel zu ziehen<sup>1)</sup>. Es fehle eine Gegenurkunde von Seiten des Ritterordens,

<sup>1)</sup> Dies ist um so wichtiger, als die polnische Forschung ähnliche Bestrebungen auch wegen des Vertrages von Trenschin vom Jahre 1335, durch den bekanntlich Kasimir auf Schlessen verzichtete, erkennen läßt. Vgl. Ostland-Berichte Jhg. 1 Heft 1 S. 14/15.

und im Jahre 1421 habe der Prokurator des polnischen Königs erklärt, daß die Urkunde Kasimirs des Großen deshalb nur „tamquam testimoniales vel narrativae“ sei: „non praejudicant regibus Poloniae, non obligant“. Von Abmachungen zwischen dem Ritterorden und Polen sei nur eine Grenzziehung von 1349 erhalten, und auch nur diese hätte der Orden im Jahre 1421 dem Papste vorweisen können. Hier finde sich auch kein Vermerk darüber, daß Kasimir den Titel „dux Pomeraniae“ niedergelegt und aus den Urkunden und Siegeln entfernt habe. Papée kommt zu dem beachtenswerten Schluß: „die polnischen Könige sahen also den von Kasimir geschlossenen Frieden nur als einen terminlosen Waffenstillstand an“.

Ferner sei die Frage zu erheben, ob der Verzicht Kasimirs, den er im Namen der „haeredes et successores“ ausgesprochen habe, sich nicht ausschließlich auf die Blutsverwandten beziehe (!!). Schon der Nachfolger Kasimirs, Ludwig von Ungarn, habe sich nicht dazu verstanden, eine solche Verzichtsurkunde auszustellen und ebenso wenig Jagiello, der den Frieden von Kalisch nur einmal, und zwar in ganz allgemeinen Worten in Kaciąż im Jahre 1404 bestätigt habe. Tatsache sei, daß sowohl Kasimir als auch Ludwig auch nach dem Jahre 1343 den Titel „Pomeraniae dominus et haeres“ geführt hätten, ohne daß von Seiten des Ritterordens Einspruch erhoben worden sei. Ferner hätten die Königin Hedwig, ihr Gatte Jagiello und Kasimir IV. diesen Titel angewendet. Kasimir IV. führe diesen Titel seit dem Frieden am Melnosee (1422) sogar ganz ungeniert in Urkunden, die für den Ritterorden bestimmt seien.

Bei Besprechung des 2. Thorner Friedens vom Jahre 1466 weist Papée darauf hin, daß die Vereinbarung, beide Parteien sollten die Zustimmung des Papstes einholen, nicht erfüllt worden sei. Nach Meinung des Referenten haben die Ordensritter den Thorner Frieden als eine vorübergehende Erpressung angesehen, ähnlich wie die polnischen Könige die Grenzfestsetzung vom Jahre 1349.

In einem dritten Abschnitt behandelt Papée die Stellung Polens zu Ostpreußen und wirft die Frage auf: „Wie standen die Jagellonen zum ostpreußischen Problem? Sahen sie dieses Land vom ethnographischen Gesichtspunkt aus als ebenso unentbehrlich für Polen an, und die Mündungen des Njemen und des Pregel vom Gesichtspunkte des Handels als ebenso bedeutsam für Polen an, wie die Mündung der Weichsel? Wir haben zu dieser Frage ausdrückliche Angaben, daß sie dies nicht taten. Dieses Gebiet liegt schon nicht „infra limites regni“, es ist nicht „linguagium Polonicum“, sondern „gens Pruthenica“, welche den polnischen Monarchen nur einen Tribut zahlte. Daher bestimmte Jagiello die Städte Königsberg und Preußisch-Holland für Witold, daher wollte Kasimir, indem er Ostpreußen den Litauern anbot, diese zur Teilnahme am 13-jährigen Krieg bewegen. Alles war vergeblich. Die Litauer wollten nur Memel haben. Im übrigen wollten sie lieber sowohl in politischer Hinsicht wie auch aus Handelsrücksichten einen besonderen Staat in Ostpreußen erhalten wissen und mit ihm, wenn auch gegen Polen, gemeinsame Sache machen.“

„Und so erscheint das ostpreußische Problem von Anfang an nur als eine Frage der Sicherung für Westpreußen . . . und dies kann man beobachten bis zum Ende der Ordensherrschaft. Schon im Thorner Frieden von 1466 beharrte die polnische Seite „ex certis bonis respectibus et pro praesentis pacis stabilimento“ unbeugsam auf dem Besitz von Marienburg, Elbing, Christburg und Stuhm, obwohl dies die Forderungen der polnischen Krone übertraf. Kasimir IV. hatte auch Pomesanien verlangt, war aber damit nicht durchgedrungen.“

Der Thorner Frieden habe für Polen eine staatsrechtlich günstige Lage geschaffen. Der Hochmeister des Ordens wurde Lehnsträger des polnischen Königs. Und damit sei für Polen die Möglichkeit der Devolution gegeben gewesen. Diese Frage habe nach der Säkularisation des Ordensstaates eine noch günstigere Gestalt erfahren. König Sigismund sei auf Grund des Friedens zu Krakau im Jahre 1525 „omnium terrarum Prussiae dominus

(Die Vergangenheit Pommerellens als Gegenstand der polnischen Geschichtsforschung.)  
et haeres“ geworden, während Albrecht nicht einmal Herzog von Preußen, sondern nur „dux in Prussia“ gewesen sei.

In der Sitzung vom 7. Dezember 1925 wurde über die vorgenannten drei Referate diskutiert.

Hier stellte Professor Papée den Schlußantrag:

„Der vierte polnische Historikerkongreß ist der Meinung, daß die Stadt Thorn der territoriale Mittelpunkt für unsere historischen Forschungen über Pommerellen sein muß und daß zu diesem Zwecke die Thorner „Towarzystwo Naukowe“, die Stadtbibliothek und das Stadtarchiv, das besonders einer wissenschaftlichen Organisation bedarf, eine bedeutendere Unterstützung von seiten der Behörden und der Gesellschaft erfahren müßten.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der Diskussion machte Papée darauf aufmerksam, daß eine Arbeit von Dr. Władysław Pocięcha über die Huldigung Preußens im Jahre 1525, die bisher nur durch die Arbeit von Joachim bekannt gewesen sei, dem Abschluß nahe sei, wodurch dieses wichtige Ereignis auch eine Darstellung von polnischer Seite erfahre.

Im Anschluß an sein Referat stellte Pfarrer Mańkowski den Antrag: „Der IV. Kongreß polnischer Historiker ist der Meinung, daß man eine wissenschaftliche Station in Danzig<sup>1)</sup> errichten müßte, um das Fundament für die Erforschung der Vergangenheit Pommerellens zu verbreitern.“

In der gemeinsamen Diskussion über die Referate Mańkowski und Mocarński erklärte Professor Konopczyński (Krakau): „Wenn wir uns auch in Krakau der Bedeutung des Problems bewußt sind und in den Seminaren vielfach Themen aus der neueren Geschichte Pommerellens geben, so ist doch die grundlegende Erforschung des Problems in Krakau unmöglich. Hier reichen die von Lengnich publizierten Quellen nicht aus: man muß die Archive in Danzig, Thorn und anderswo heranziehen und dafür müßten die Professoren in Warschau und Posen sorgen.“<sup>1)</sup>

Der jetzige Professor am Priesterseminar in Pielin, Pfarrer Glemma, erklärte: „Die Stadt Thorn eignet sich besonders zur Konzentrierung der Studien über die Vergangenheit Pommerellens. Man muß danach trachten, die Prussia in der städtische Koppernikus-Bibliothek zu komplettieren und besonders das Stadtarchiv und auch das Archiv der Thorner Benediktinerinnen zugänglich zu machen.“

Professor Dembiński erwiderte hierauf: „Ich unterstütze aufs wärmste die von Pfarrer Mańkowski gestellten Anträge. Die Aufrechterhaltung Thorns als des kulturellen Mittelpunktes von Pommerellen und die Schaffung der Bedingungen für wissenschaftliche Arbeit über die Geschichte Pommerellens ist eine gleichwichtige nationale Aufgabe. Die Überzeugung von der Wichtigkeit Pommerellens für Polen, die alle Bevölkerungsschichten durchdringen soll, muß sich gründen auf eine Belebung und Vertiefung der Studien über die Geschichte dieses Landes“.

Der Antrag Mańkowski, in Danzig eine wissenschaftliche Station zur Erforschung der Geschichte Pommerellens zu errichten, wurde ebenso angenommen, wie der von dem damaligen polnischen Archivvollmächtigten in Danzig, Dr. Lutman, gestellte Antrag: „Unter Berücksichtigung der Schäden, welche eine weitere Verzögerung verursachen kann, ersucht der Kongreß die Regierung, sie möge die Übernahme der Archivalien in Danzig beschleunigen und ein pommerellisches Archiv errichten.“<sup>1)</sup>

[Pamiętnik IV powsz. zjazdu historyków polskich w Poznaniu 6—8 grudnia 1925. Bd. I („Referaty“), Lemberg 1925.  
— Bd. II („Protokoły“, hgg. durch K. Tyszkowski), Lemberg 1927, S. 40 ff.]

(47)

<sup>1)</sup> Von uns gesperrt. (Red.)

Wenn der Verfasser, der als Direktor der höheren Handelsschule in Graudenz tätig ist, das Vorwort seiner in Buchform erschienenen Geschichte Pommerellens mit den Worten beginnt: „Das Fehlen einer handlichen Geschichte Pommerellens macht sich längst bemerkbar. Heute können nicht bloße monographische Beschreibungen der geschichtlichen Ereignisse in Pommerellen ausreichen, nötig ist eine Zusammenfassung der gesamten Geschichte dieses Landes von der Urzeit bis zu den heutigen Tagen“, so wird ihm jeder beistimmen. Ob aber der Verfasser diese Lücke durch ein Werk ausgefüllt hat, das, wie er behauptet, „nicht oberflächlich und nicht tendenziös, sondern ernst und auf dem bisherigen Stande der historischen Forschungen gegründet“ ist, dürfte noch sehr die Frage sein.

Denn in der Darstellung macht sich eine geradezu systematische Vernachlässigung deutscher Bearbeitungen des ganzen Themas oder einzelner Teile sehr bemerkbar. Schon die Aufzählung der „Quellen und Bearbeitungen“ macht einen recht sonderbaren Eindruck. Daß eine Geschichte Pommerellens ohne weitgehende Berücksichtigung der Geschichte Danzigs nicht geschrieben werden kann, ist selbstverständlich. Wenn man nun in diesem Quellenverzeichnis wohl Uskenazys unwissenschaftliches Buch „Gdańsk a Polska“ angeführt findet, dafür aber die selbst von polnischer Seite immer als unparteiische und unvoreingenommene Darstellung anerkannte grundlegende Geschichte Danzigs von P. Simson vergeblich sucht, so zeigt dies doch klar, welche Art von Schriften der Verfasser als dem heutigen Stande der Forschung entsprechend ansieht. Bei anderen vom Verfasser als Quelle genannten deutschen Werken sieht man aus der Anführung der Titel deutlich, daß der Verfasser die betreffenden Bücher überhaupt nicht kennt. So führt er ein Werk von Schulz an: „Geschichte des Kreises Dirschau, Neustadt und Puzig“; er weiß also nicht, daß F. Schulz zwei Bücher, eine Dirschauer und eine Neustadt-Puziger Kreisgeschichte geschrieben hat. Sogar die „Scriptores rerum Prussicarum“ scheint er nicht eingesehen zu haben, denn er gibt als ihren Inhalt an: „gesammelte Kreuzritter-Urkunden“ (zebrane dokumenty krzyżackie). Bei einer derartigen Quellenbenutzung kann von einer wissenschaftlichen und unparteiischen Arbeit natürlich nicht die Rede sein. Zudem zieht sich durch das ganze Buch wie ein roter Faden die Tendenz, alles, was von polnischer Seite getan worden ist, zu preisen oder wenigstens zu entschuldigen, alle deutschen Handlungen und Leistungen dagegen aber herabzusetzen und möglichst in Grund und Boden zu verdammen.

Daß der Deutsche Orden seine landesherrliche Stellung im Kulmerland und in den noch von ihm zu erobernden preußischen Gebieten nur durch diplomatische Künste erlangt habe, ist eine altbekannte polnische These, die natürlich auch hier wiederholt wird. Ebenso wärmt natürlich der Verfasser das von der ersten polnischen Forschung endlich aufgegebene Greuelmärchen von den durch den Orden bei der Einnahme Danzigs ermordeten 10 000 Menschen „polnischer“ Bevölkerung wieder auf. Natürlich hat auch, wenn man dem Verfasser glauben soll, die pommerellische Bevölkerung die Ordensherrschaft nur als widerwillig ertragenes Joch empfunden und beständig die Wiedervereinigung mit den „polnischen Stammesbrüdern“ erstrebt.

In dem die Schlacht bei Tannenberg behandelnden Abschnitt heißt es: „Aber Polen hatte einen anderen, hundertmal wichtigeren Bundesgenossen, um den eigentlich in dem großen Kriege geblutet wurde, und das waren gerade die Untertanen des Deutschen Ordens. Sind doch das Danziger und Kulmer Land lechische Lande. Tausende von Pommerellern warteten dort auf die Befreiung vom Kreuzritterjoch; was noch schlimmer war, auch die deutsche Bevölkerung wartete auf die Abwerfung der Kreuzritterfesseln wegen der Abgaben und Steuern, wegen des Fehlens der Freiheiten und Privilegien, die es im benachbarten Polen gab. Die preußischen Städte erwarteten mit Sehnsucht den Übergang unter polnische Herrschaft, denn dann würden sie die Handelsfreiheit mit Polen erlangen.“

Ebenso wird auch bei der Darstellung der Ursachen des 13-jährigen Krieges mehrfach hervorgehoben, daß bei der preußischen Ritterchaft die polnische Herkunft sich in dem Orangethurn nach der



Vereinigung mit Polen bemerkbar machte. Daß aber gerade in Pommerellen Ritter aus polnischen oder besser kassubischen Geschlechtern treu zum Orden hielten, z. B. Nikolaus von Ruffoschin, Roland von Trampken, Stefan von Schwintsch, Barcz von Prezbudow, wird nicht erwähnt!

In der Darstellung der Geschichte Pommerellens unter polnischer Herrschaft interessiert es zunächst, wie sich der Verfasser mit der Lubliner Union abfindet. Hier ist nach ihm alles ordnungsgemäß zugegangen: Fabian von Zehmen und Johann Dzialynski haben sich auf die preußischen Privilegien berufen, der König als oberster Ausleger der Gesetze hat aber entschieden, daß in dem Inkorporationsprivileg des Königs Kasimir eine wirkliche Einverleibung Preußens in Polen ausgesprochen sei, und die preußischen Abgeordneten und Senatoren unterwarfen sich nach anfänglichem Widerspruch auf Zureden Stanislaus Kostkas und des Kardinals Hosius der allerhöchsten Entscheidung. Der Adel sei für die Union nicht etwa durch einen Druck gewonnen worden, sondern durch die Überzeugung, daß Pommerellen einer starken Anlehnung an Polen bedürfe, „in dem Lande an der See mußte man sich mit der harten Notwendigkeit abfinden“. Die wichtige Frage, ob wirklich durch das Inkorporationsprivileg eine Einverleibung Preußens in Polen herbeigeführt werden sollte, untersucht der Verfasser nicht, und das aus begreiflichen Gründen.

In der Behandlung der schwedisch-polnischen Kriege nimmt natürlich die Haltung der brandenburgischen Kurfürsten einen großen Raum ein. Diesen wird beständig eine höchst abfällige Beurteilung zu teil. Daß Brandenburg in erster Linie die eigenen staatlichen Interessen zu vertreten hatte, will dem Verfasser nicht in den Sinn; nach ihm ist der Kurfürst von Brandenburg der Lehnsmann Polens und hat deshalb mit Polen durch Dick und Dünn zu gehen. Zweideutigkeit und Verräterei werden ihm daher beständig vorgeworfen. Schon die Haltung des Kurfürsten Georg Friedrich wird wegen der Heirat seiner Schwester mit Gustav Adolf als zweideutig bezeichnet, und der Verfasser meint, daß der polnische König Sigismund III. ihm deswegen die Belehnung mit Ostpreußen hätte versagen müssen. Der Große Kurfürst ist nach der Darstellung unseres Historikers natürlich ein Meineidiger und Verräter durch und durch. Und auch seine Nachfolger haben unzweifelhaft Polen Unrecht getan und es geschädigt, wo sie nur konnten. Zu der Annahme des preußischen Königstitels durch Kurfürst Friedrich Wilhelm III. bemerkt der Verfasser: „Der Titel König „in Preußen“ war schon in seinem Wortlaut Polen gegenüber räuberisch, da er den Gedanken unterschob, daß er König in beiden Preußen, also auch in Westpreußen, sei“. „Räuberisch“ ist natürlich auch das Beiwort, das beständig Friedrich dem Großen beigelegt wird. Die Besitznahme Westpreußens wird ja auch von den Polen niemals anders denn als „Raub“ (zabór) bezeichnet.

Daß die Verhältnisse im Lande sich während der polnischen Herrschaft mehr und mehr verschlechterten, kann der Verfasser nicht leugnen, sucht aber die Tatsache nach Möglichkeit zu entschuldigen. So sagt er bei der Behandlung der Lage der unfreien Bevölkerung: „Ähnliche oder sogar schlimmere Verhältnisse herrschten in Deutschland, gar nicht zu sprechen von Rußland“. Über den Niedergang der Städte sagt er: „Der Anlaß, der die Lebenskraft der Städte und ihre Bedeutung schwächte, war der, daß diese Städte als fremdstämmige sich wenig um das Geschick des Staates kümmerten, ungern die Steuerlasten auf sich nahmen, sich von den Kriegspflichten loskauften, die Teilnahme an den Reichstagen in Polen vernachlässigten, häufig nach den Nachbarn gravitierten.“

Daß die pommerellischen Städte in ihrem Niedergang das Schicksal der polnischen Städte teilten und zwar in Folge der ausgesprochen städtefeindlichen Politik des polnischen Adels, die sich in den Reichstagsbeschlüssen auswirkte, scheint diesem polnischen Historiker unbekannt zu sein.

Schwarz in schwarz wird dann die Zeit der preußischen Herrschaft gemalt. Daß König Friedrich sofort nach der Besitznahme Maßnahmen zur Hebung der Bodenkultur, zum Wiederaufbau der Städte und zur Vergrößerung der Einwohnerzahl traf, kann der

Verfasser nicht verschweigen. Friedrich der Große habe dies aber getan, weil „ihm das alles nötig war, um Steuern in größerer Menge herauszupressen und Rekruten auszuheben.“

Bei der Schilderung des Überganges der Stadt Danzig an den preußischen Staat im Jahre 1793 wird natürlich auch ausführlich der angebliche Aufstand der Danziger Bevölkerung behandelt, der in Wirklichkeit nur in einer sinnlosen Schießerei einiger Matrosen, Hafearbeiter und preußischen Deserteure auf die anmarschierenden preußischen Truppen bestand und von der Danziger Bürgerschaft selbst, allen voran von den Innungen, unterdrückt wurde. Daß die preußischen Truppen auf diese Schießerei antworteten, ohne allerdings nennenswerten Schaden in der Stadt anzurichten, veranlaßt den Verfasser zu folgender Äußerung:

„Wie vor fünf Jahrhunderten das unschuldige Blut Danzigs die Erwerbung der Stadt durch die Kreuzritter besiegelte, so vollführten jetzt nach fünf Jahrhunderten die Erben der Kreuzritter den brutalen Akt der „Eroberung Danzigs“ durch Preußen.“

Wiederholt wird auch, was man immer wieder in polnischen Darstellungen über die Rückkehr Danzigs unter preußische Herrschaft im Jahre 1814 liest, ein Ereignis, von dem der Verfasser sehr geschmackvoll sagt: „dann nahmen die Preußen Danzig in volle, hundert Jahre währende Knechtschaft“.

Dem entspricht natürlich, daß die Politik der preußischen Regierung gegenüber der Provinz Westpreußen so dargestellt wird, als ob diese bestrebt gewesen sei, Westpreußen den rein deutschen Landesteilen gegenüber nicht auskommen zu lassen, da hier die Bevölkerung fremdstämmig gewesen sei. So heißt es in dem Abschnitt über Handel, Industrie und Handwerk: „Die deutsche Regierung machte sich klar, wenn sie es auch nicht eingestand, daß Pommerellen ein fremdes Land im Rahmen des deutschen Staates sei. Die Deutschen unterstützten deshalb die Entwicklung der Industrie in Pommerellen nicht und legten den Hauptnachdruck auf die Hebung der Landwirtschaft. Pommerellen sollte also der Ernährer der anderen Provinzen des deutschen Staates sein und der Konsument der Erzeugnisse der deutschen Industrie und wurde für das Reich das typische Hinterland und das Gebiet der deutschen Kolonisation.“

Von den mehrfach wiederholten Versuchen des Oberpräsidenten v. Gofler, wichtige Industriezweige nach Westpreußen zu verpflanzen, die aber infolge der ungünstigen Wirtschaftslage fehlschlügen, weiß dieser Historiker Westpreußens nichts, oder aber, was noch ebenso wahrscheinlich ist, er verschweigt sie.

Der für Nichtpolen interessanteste Teil des Buches ist der letzte, die neueste Zeit behandelnde Teil. Einzelne Kapitel haben hier sogar quellenmäßigen Wert, da sie sich auf amtliches, bisher unveröffentlichtes Material stützen. Dazu gehören die Abschnitte über das wirtschaftliche Leben in Pommerellen, die Entwicklung des Schulwesens, die Organisation der bewaffneten Macht. Viel Neues bringt auch der Abschnitt über die Organisation der Unabhängigkeitsbewegung in Pommerellen seit dem November 1918, bei deren Darstellung der Verfasser aber leider viele Namen von Beteiligten verschweigt. Dieses Abschnitts wegen, der sich manchem anderen gegenüber durch Kürze und Sachlichkeit der Darstellung auszeichnet, wird man auch deutscherseits das Buch beachten müssen.

Bei der Behandlung des Versailler Traktates wird natürlich bedauert, daß Polen wegen des englischen Widerstandes nicht alles bekommen habe, was Frankreich und Wilson ihm zu geben geneigt waren. Hierzu gehört auch Danzig, bei dessen Konstituierung als einer Freien Stadt den Verfasser nur das eine tröstet, daß „die Rechte Polens in Danzig der Republik (d. h. dem polnischen Staate) das faktische Protektorat über die Freie Stadt geben“ und daß man „kühn von einer Souveränität Polens über Danzig sprechen und die Souveränität Danzig nur als Arkanum der deutschen Politik anerkennen und sie in dem politischen Geheimschrank bergen“ könne. Die zwischen Polen und Danzig geschlossenen Konventionen bedeuten daher nach dem Verfasser „ein blindes Festhalten an dem Buchstaben und nicht am Geiste des Versailler Vertrages“. Deshalb sei auch „die Rückkehr zum Geiste der Schöpfer des Versailler Ver-

trages eine brennende Wunde der auswärtigen Politik der Republik.“

Der Verfasser schließt sein Buch mit einem Hinweis auf die Fürsorge, die Polen für Pommerellen aufwende. Bisher sei Westpreußen nur das Hinterland des preussischen Staates und sein Kolonisationsgebiet gewesen, jetzt sei es die Brücke zwischen Polen und dem Meere und habe so eine große geschichtliche Mission zu erfüllen.

Das Buch ist seiner Anlage nach für die reifere Jugend und jeden, der sich für die Geschichte Pommerellens interessiert, bestimmt. Ein solches Buch dürfte aber in einem Lande, wo Polen und Deutsche mit- und nebeneinander leben, nur den Geist des Friedens predigen; es atmet aber den Geist des Hasses gegen alles was deutsch ist und richtet sich damit selbst. Zugleich wirft es ein bezeichnendes Licht auf die Sinnesart in den Kreisen der in Westpreußen tätigen akademisch gebildeten polnischen Lehrer.

[Historja Pomorza w zarysie. (Thorn 1927), S. XVI + 318.]  
**(43)**

### **Muka, E. Die sorbischen Ortsnamen und ihre Bedeutung.**

Nach den Angaben des Verfassers bildeten die ursprünglichen Grenzen der Sorben im Osten die Flüsse Queiß, Bober und Oder von Krossen bis Frankfurt, im Norden die Sümpfe und Flüßchen von Frankfurt über Berlin bis Magdeburg, von hier eine Linie bis Fluß und Stadt Fulda und im Süden eine Linie von Fulda bis Kissingen, dann der Main mit seinen Nebenflüssen bis zum Fichtelgebirge, das Erzgebirge, die Sächsische und Böhmisches Schweiz und das Lausitzer Gebirge bis zum Isergebirge. Gehalten haben sich die Sorben in der Ober- und Niederlausitz.

Unter den hier vorkommenden Orten unterscheidet der Verfasser nach der Bildung der Namen folgende Gruppen: 1. Die Sippenfiedlungen, Sippendörfer, deren Namen von Personennamen oder als solchen verwandten Appellativen abgeleitet sind; in der Oberlausitz enden sie auf -e cy und -i cy, in der Niederlausitz auf -o jce und -ice. In den ältesten Zeiten bestanden diese Sippenfiedlungen aus höchstens 13 Höfen, ganz ausnahmsweise kommen 15 Höfe vor, im allgemeinen wurde, wenn die Zahl der Familie über 13 stieg, ein neues Dorf angelegt. Das neue Dorf erhielt dann den Namen des alten mit dem Zusatz von Ma le „Klein“. 2. Die Besitzfiedlungen, Besitzdörfer, Ritterfide, die nach dem Namen des Besitzers benannt wurden. Ihre Namen gehen aus auf -o w, -i n (-y n) oder einen weichen Konsonanten, in dem das ursprüngliche Suffix aufgegangen ist. 3. Die Ausbaue, Abbaudörfer, die ursprünglich mit einem bloßen Appellativ benannt wurden, (z. B. H o r a „Guhra“, d. i. „Berg“, Ł u ż „Luga“, d. i. „Sumpf“), während später die Suffixe der Sippendörfer und Ritterfide für sie verwendet wurden. Nach der Christianisierung und Eroberung durch die Deutschen wurden bis ins 12. und 13. Jahrhundert christliche und deutsche Namen (von Besitzern und Ansiedlern) ebenso verwendet wie früher die slavischen Namen.

Die durchaus slavische, sorbische Namengebung der Ortschaften der Ober- und Niederlausitz beweist nach dem Verfasser, daß die alte Bevölkerung dieser Gegenden slavischen, sorbischen Ursprungs gewesen sei, und daß die Germanen nur als zeitweilige Eindringlinge hierher gekommen seien. Der Verfasser bespricht dann die einzelnen Ortsnamen der Ober- und Niederlausitz, geordnet nach ihrer Bildungsweise, und führt die Ethymologien an.

[Serbske městnostne mjena a jich woznam; in: „Slavia occidentalis“ (Zeitschrift des Westslavischen Instituts in Posen) Bd. V (1926), S. 1—65.]  
**(51)**

### **Karnowski, J. Wissenschaftliche Beziehungen Ceynowas zu den Russen.**

Wann die Beziehungen Ceynowas, des bekannten Begründers der kaschubischen Bewegung<sup>1)</sup>, zu der Petersburger Akademie und

<sup>1)</sup> Vgl. Ostland-Berichte, Jhg. 1, Heft 2, S. 34 ff.

besonders dem Akademiker Srezniewski begannen, ist nach dem Verfasser nicht bekannt. Es sei möglich, daß dies schon im Jahre 1842 in Breslau geschehen sei, wo Srezniewski damals Material zu seiner Arbeit über das Kaschubentum sammelte. 1850 habe dann Ceynowa der Akademie eine kleine Sammlung kaschubischer Wörter übersandt, vielleicht nach einer Verständigung mit Mrongovius, was man daraus schließen könne, daß er Wörter gesammelt habe, die eine größere Ähnlichkeit mit der russischen als mit der polnischen Sprache haben. Die Begutachtung der Arbeit sei Srezniewski anvertraut worden, der daraufhin der Akademie vorschlug, Ceynowa seine Arbeit: „Bemerkungen über die kaschubische Sprache“ vorzulegen. Die Akademie befolgte diesen Vorschlag und forderte zugleich Ceynowa auf, gewisse Mitteilungen über das Kaschubische zu machen und zwar: 1. eine kaschubische Topographie und Statistik mit Karte, 2. Beschreibung der Merkmale des Kaschubischen und Bestimmung der Dialekte, 3. Verzeichnis und Beschreibung der literarischen Denkmäler des Kaschubischen, beginnend mit der Katechismusübersetzung des Pontanus von 1643, 4. Sammlung von kaschubischen Texten aus den einzelnen Dialekten. Ceynowa übersandte daraufhin der Akademie eine kaschubische Übersetzung der „Bemerkungen“ Srezniewskis, die er nach dem letzteren durch „viele interessante und originelle Sachen“ ergänzt hatte, außerdem schickte er eine Übersicht über das kaschubische Sprachgebiet, die aber, wie der Verfasser bemerkt, zeigt, daß er damals nur recht oberflächliche Kenntnisse davon hatte, ferner seine bereits erschienenen Schriften und eine Sammlung von Volksliedern, Sprichwörtern und Aberglauben, die Srezniewski für seine „Denkmäler und Muster der Sprache und Volksliteratur der Slaven“ benutzte.

In seinen Referaten über diese Arbeiten zollte Srezniewski dem Ceynowa hohe Anerkennung, eine finanzielle Unterstützung erhielt dieser aber von der Akademie nicht, wie überhaupt der ihm gemachte Vorwurf, er habe russisches Geld genommen, grundlos ist. 1856 entsandte dann die Akademie den jungen Sprachforscher Hilferding zum Studium des Kaschubischen. Hilferding setzte sich zunächst mit Ceynowa, der sich damals bereits zur Ausübung der ärztlichen Praxis in Bukowiß bei Terespol niedergelassen hatte, in Verbindung, und dieser begleitete ihn auf einem Teil seiner Studienreise. Der Verfasser ist der Ansicht, daß Hilferding dem Ceynowa auch einen großen Teil seiner kaschubischen Texte verdanke.

Nach dieser Begegnung erwähnt der Verfasser keine Beziehung Ceynowas zur Akademie oder ihren Mitgliedern mehr, das vollständige Aufhören derselben scheint er allerdings erst in die Zeit nach der slavischen ethnographischen Ausstellung in Moskau und dem slavischen Kongreß vom Jahre 1867 anzusetzen. Ceynowa hatte an diesen Veranstaltungen als Vertreter der Kaschuben, aber aus eigenem Antriebe teilgenommen. Bei der in Polen herrschenden russenfeindlichen Stimmung wurde ihm die Teilnahme sehr verübelt, und auch Ceynowa selbst schied unbefriedigt, da ihm, als er sich nach einer brutalen polenfeindlichen Rede des Fürsten Czernascki zum Wort meldete, dies nicht erteilt wurde.

Der Verfasser weist darauf hin, daß das Verhalten Ceynowas auf dem Kongreß durchaus würdig war und er keineswegs für Zwietracht und Krieg zwischen Polen und Kaschuben gesprochen habe: „Eintracht und Einigkeit unter den slavischen Völkern in Gestalt einer Föderation war sein Ideal“. Die in Moskau gemachten Erfahrungen hätten dann Ceynowas russenfreundliche Gefühle abgekühlt, und wohl in Folge davon hätten auch die wissenschaftlichen und literarischen Beziehungen zu Petersburg aufgehört.

[Stosunki naukowe Ceynowy z Rosjanami; in: „Mestwin“, Wissenschaftliche Beilage zur Zeitung „Słowo Pomorskie“, Jahrgang III (1927), S. 57/58.]

(53)

## Karnowski, J. Polnische Studentenverbindungen an westeuropäischen Hochschulen im 19. Jhd.

Der Verfasser bespricht die Studentenverbände, die sich, nach dem Zusammenbruch des Aufstandes der Jahre 1863/64 bildeten,

(Polnische Studentenverbindungen an westeuropäischen Hochschulen im 19. Jhdt.) um den Gedanken der Unabhängigkeit Polens zu pflegen. Die Verbände schlossen sich in den einzelnen Ländern zusammen; der erste war das 1871 in Paris von den an französischen Hochschulen gegründete „Stowarzyszenie kształcące się młodzieży we wyższych zakładach Francji“ („Verein der an den höheren Anstalten Frankreichs studierenden Jugend“). Ihm folgte 1887 in Zürich die Gründung des „Zjednoczenie towarzystw młodzieży polskiej zagranicą“ („Vereinigung der Verbände polnischer Jugend im Auslande“), des wichtigsten Verbandes, der anfangs nur die Schweiz, dann auch andere Länder umfaßte. 1895 entstand unter dem Namen „Łączność“ („Zusammenhalten“) das „Zjednoczenie młodzieży polskiej w Belgji“ („Vereinigung der polnischen Jugend in Belgien“), dem die an belgischen Hochschulen Studierenden angehörten. Im Jahre 1896 folgte die „Unitas“ oder „Związek towarzystw polskich w Niemczech“ („Verband der polnischen Vereine in Deutschland“) an den deutschen Hochschulen und zuletzt die zahlreichste, hauptsächlich aus Kleinpolen bestehende Organisation „Ogniwo“ oder „Związek towarzystw kształcące się młodzieży polskiej w Austrii“ („Verband der Vereine der studierenden polnischen Jugend in Österreich“). Die größte Bedeutung von diesen habe der Schweizer Verband gehabt, der auch nächst dem österreichischen die zahlreichsten Mitglieder besaß. Während der Jahre 1890—1899 hätten sich in ihm internationale, sozialistische Tendenzen bemerkbar gemacht, diese seien aber 1899 auf dem Verbandstage in Zürich durch den Austritt der sozialistischen Studenten, die einen neuen Verband mit Namen „Związek postępowej młodzieży polskiej“ („Verband der fortschrittlichen polnischen Jugend“) gründeten, überwunden worden.

Die sozialistischen Tendenzen im Schweizer Verbande hätten aber die Gründung der „Unitas“ veranlaßt. Diese sei aus einer Zusammenkunft der Verbindungen an den sächsischen Hochschulen in Dresden im Jahre 1892 entstanden. Der damals gefaßte Beschluß, einen Verband für das ganze Deutsche Reich zu gründen, habe infolge politischer Schwierigkeiten erst im Jahre 1896 ausgeführt werden können, und zwar am 11. und 12. Juli in Leipzig. Organe des Verbandes waren das „Kóło delegatów zaufanich“ („Klub der Vertrauensleute“), wozu jeder Verein einen Delegierten und einen Vertreter ernannte, wobei man sich nach dem Muster des Schweizer Verbandes richtete, und die „Alten Herren“, wofür deutsche Einrichtungen als Muster dienten. Besonderen Nachdruck legte der Verband auf die Forderung praktischer Arbeit an der Volksbildung, Fürsorge für die Sachsengänger, finanzielle Hilfe für die „Bratnia pomoc“ (einer Organisation zur Unterstützung armer Studenten) und Fürsorge für die Gymnasialjugend. Verbandstage fanden 1897 in Leipzig und Halle, 1898 in Leipzig, Breslau und München, 1899 in Halle statt. Sitz des Verbandes war Leipzig; zur Zeit seiner größten Blüte gehörten ihm Verbindungen in Berlin (2), Köthen, Halle, Ilmenau, Karlsruhe, Leipzig, Mittweida, München, Greifswald und Breslau an. 1899 wurde der Verband von der Polizei „auf Grund vertraulicher Mitteilung“ entdeckt. Die Untersuchung schloß sich an das Strafverfahren gegen den Buchhändler Leitgeber in Ostrowo an; gegen 15 Studenten, die zur „Unitas“ gehörten, wurde im Jahre 1900 in Posen ein gerichtliches Verfahren eröffnet. Aus diesem Prozeß entwickelte sich dann der Thorner Gymnasialistenprozeß des Jahres 1901.

[Młodzież akademicka zachodniej Polski w zaraniu polskiego nacjonalizmu; in: „Mestwin“ (Wissenschaftliche Beilage zur Zeitung „Słowo Pomorskie“) II (1926) S. 66/67.]

(45)

### Das polnische Schulwesen in Danzig.

Unter der Überschrift „Wir müssen das Polentum in Danzig stützen und stärken“ richtet die Krakauer Zeitung „Ilustrowany Kuryer Codzienny“ in einem längeren Aufsätze einen Appell an ihre Leserschaft, der mit dem vielsagenden Satze beginnt: „Im Hinblick auf den Zugang Polens zum Meere ist ein unermeßlich wichtiges Problem die Aufrechterhaltung und Stärkung des Polentums in Danzig. Diese ist nur möglich durch eine

ständige ausdauernde Arbeit auf dem Gebiet des Unterrichtswesens, durch eine sorgsame Obhut, welche die polnische Regierung und die polnische Öffentlichkeit dem Schulwesen in Danzig angedeihen läßt.“

Auf Schritt und Tritt hätten die Danziger Polen und ihr Schulverein, die „Macierz Szkolna“, mit dem Widerstande der deutschen Danziger zu kämpfen. Schon die Sorge um die noch nicht schulpflichtige Jugend macht große Schwierigkeiten. Zwar sei es gelungen, zu diesem Zwecke Dominikanerinnen aus Polen nach Danzig zu holen und unter ihrer Leitung acht Kinderhorte einzurichten, die von insgesamt etwa 400 Kindern besucht würden. Aber diese reichten bei weitem nicht aus. Es sei zu erwägen, ob sich nicht die größeren Städte Polens bereit finden lassen würden, jede auf eigene Kosten einen Kinderhort in Danzig einzurichten und zu unterhalten.

Wesentlich schlimmer sei es mit den schulpflichtigen Kindern bestellt. Kaum 600 Kinder besuchten die vom Danziger Senat eingerichteten polnischen Elementarschulen, während nach der Statistik des Senats etwa 2100 polnische Kinder in schulpflichtigem Alter vorhanden seien. Daraus ergebe sich der höchst beunruhigende Schluß, daß 1500 polnische Kinder die deutschen Schulen besuchten und hier germanisiert würden. Und der Senat tue alles, um den polnischen Kindern den Besuch der polnischen Schulen zu erschweren, er bringe die polnischen Schulen absichtlich in hygienisch unmöglichen Lokalen unter: „Das Verfahren des Senats ist, wenn es sich um die polnische Schule handelt, perfide und verletzt das Gefühl der Gerechtigkeit und Menschlichkeit.“ Eine Folge dieser Taktik sei, daß die Zahl der polnischen Schulkinder bedenklich abnehme. Im Jahre 1922 habe man 862 Kinder in polnischen Schulen gezählt bei einer Gesamtzahl von etwa 2300 schulpflichtigen polnischen Kindern. Im Jahre 1926 seien die Zahlen 684 bei 2039 und 1927 seien kaum über 600 Kinder bei einer Gesamtzahl von 2100 gezählt worden<sup>1)</sup>.

In wesentlich besserer Lage sei die höhere Schulbildung. Hier bestehe seit dem Jahre 1922 das vom polnischen Schulverein eingerichtete Gymnasium, das gegenwärtig über 25 Lehrkräfte verfüge und von 488 Schülern besucht werde. Im Jahre 1926 sei die erste Reifeprüfung abgehalten worden. Das Lehrprogramm, das den Danziger Forderungen angepaßt sei, baue sich auf dem polnischen Programm auf. Die Reifezeugnisse dieses Gymnasiums haben in Polen Gültigkeit. Gegenwärtig seien Verhandlungen mit Deutschland beabsichtigt, die das Ziel hätten, die Anerkennung der Reifezeugnisse des polnischen Gymnasiums durch Deutschland zu erreichen. „Auf diese Weise würden die Danziger Polen, wenn sie in Deutschland studierten, eine polnische Intelligenz in Danzig bilden, welche die gleichen Rechte zur Ausübung der Berufe hätte, wie die deutschen Danziger.“ Dieses offenherzige Bekenntnis sollte man an den maßgebenden Stellen in Deutschland nicht unbeachtet lassen!

Neben dem Gymnasium bestehe seit Oktober 1926 eine Handelsschule mit zweijährigem Lehrplan und drei Lehrkräften.

Der Verfasser erklärt am Schlusse seines Artikels mit wünschenswerter Offenheit:

„Die Wichtigkeit der großen und aufopfernden Arbeit der „Macierz Szkolna“ in Danzig ist nicht zu unterschätzen. Diese Arbeit ist verdienstlich für die Rettung des Polentums am Meere und auf der anderen Seite von erstklassiger Bedeutung für den polnischen Staat, der mit Rücksicht auf das polnische Meer an diesem eine machtvolle Festung des Polentums haben muß, die sich auf den unbeugsamen, unachgiebigen polnischen Geist unter der polnischen Bevölkerung stützt.“

Es gelte daher, die „Macierz Szkolna“, diesen polnischen Schulverein, zu stützen und ihm zu helfen. Schon sei in Warschau unter der Führung der energischen Frau des Vizepremierministers Bartel ein „Bund der Freunde Danzigs“ (Kolo przyjaciół Gdańska) entstanden, der die Aufgabe habe, Geldmittel zu sammeln und das Interesse für das polnische Meer und die polnischen Bildungs-

<sup>1)</sup> Daß inzwischen das Polentum in Danzig stark zurückgegangen ist und bei den letzten Wahlen zum Volkstag nur 3 Sitze statt anfangs 7 erlangt hat, verschweigt der Verfasser des Artikels! (Red.)

fragen in Danzig zu wecken. Es sei ferner zu hoffen, daß der neue Danziger Senat mehr Verständnis für die kulturellen Forderungen der Polen zeigen werde.

[„Ilustrowany Kuryer Codzienny“, Nr. 39 (8. II. 1928) S. 2/3.]

(41)

### Stoliński, Z. Die Eingabe der Deutschen an den Völkerbund wegen der Agrarreform in Polen.

Die nachfolgend besprochenen Ausführungen geben den extremen polnischen Standpunkt in dieser Frage wieder. Wir beschränken uns auf ein einfaches Referat, da die Widerlegung der hier vorgebrachten Behauptungen und Berechnungen den Umfang eines selbständigen Aufsatzes annehmen würde.

Verfasser weist im ersten Teile seines Artikels auf die drei von deutscher Seite an den Völkerbund gerichteten Eingaben hin und zwar zunächst auf die Denkschrift der Abgeordneten Graebe und Raumann und des Dr. Scholz von Ende 1923, die sich gegen ein am 2. Oktober 1923 dem Sejm vorgelegtes Agrargesetz, also gegen ein Projekt gewendet habe. Wie die erste so sei auch die zweite Eingabe vom 24. März 1926 abgelehnt worden, welche von dem Abgeordneten Graebe und den Gutsbesitzern Blücher und Rodenacker eingereicht worden sei.

In ihrer Eingabe hätten sich die Antragsteller darüber beschwert, daß in dem namentlichen Verzeichnis der Parzellierungen auf dem Gebiete der Wojewodschaften Posen und Pommerellen eine zu große Anzahl von in deutschen Händen befindlichen Gütern vorgeesehen worden sei. Hierbei hätten die Beschwerdeführer auch die Güter mitgerechnet, die sich im Besitz von Reichsdeutschen befanden, die also nicht zu der nationalen Minorität in Polen gerechnet werden könnten.

Die dritte Eingabe wurde am 16. August 1927 eingereicht und zwar von den gleichen Persönlichkeiten wie die zweite. Auch diesmal seien die Güter von Reichsdeutschen mit berücksichtigt worden. In der Eingabe sei darüber Klage geführt worden, daß besonders Pommerellen von der Zwangsparzellierung betroffen werden solle, was augenscheinlich durch den Wunsch, diese Provinz zu entdeutschen, veranlaßt worden sei. Ferner bemühten sich die Deutschen zu beweisen, daß der deutsche Grundbesitz bei den Parzellierungen verhältnismäßig viel stärker herangezogen werde als der polnische, und daß auch die einzelnen, von der Parzellierung betroffenen deutschen Güter stärker als die polnischen beansprucht worden seien. Hinter dieser Eingabe habe aber bei weitem nicht der ganze deutsche Grundbesitz in Polen gestanden, sondern über die Hälfte der Gutsbesitzer habe sich mit ihr nicht solidarisch erklärt. Auch die Deutschen in Lodz hätten gegen die Absendung der Beschwerde protestiert.

Verfasser versucht dann, die Unrichtigkeit der deutschen Angaben zu erweisen und weist darauf hin, daß in der Wojewodschaft Posen der parzellierungsfähige Grundbesitz 676 975 ha umfasse, von denen in den Jahren 1922—1926 aus polnischem Besitz 7436 ha und aus deutschem Besitz nur 722 ha, das heiße kaum 10 %, parzelliert worden seien, während in der deutschen Eingabe behauptet werde: „Der deutsche Anteil im Verhältnis zur Gesamtheit des privaten Grundbesitzes beträgt heute nur 28 %.“ Verfasser erklärt hierzu: „Tatsächlich aber befand sich im Gebiete der Wojewodschaft Posen nach der letzten amtlichen Statistik vom Jahre 1921 in deutschen Händen dem Umfange nach 36,2 %.“ (S. 522.) In der Wojewodschaft Posen seien für das Jahr 1927 auf Grund des namentlichen Verzeichnisses 2914 ha aus polnischem Besitze und 4248 ha aus dem Besitze von Deutschen mit polnischer Staatsangehörigkeit vorgeesehen. Im Jahre 1926 seien aber vom polnischen Grundbesitze freiwillig 3412 ha und vom deutschen nur 423 ha parzelliert worden.

Indem der Verfasser diese Zahlen zusammenrechnet, ergibt sich ihm als Resultat, daß der deutsche Grundbesitz mit 42 % an den im Jahre 1926 parzellierten und für 1927 vorgesehenen Gebieten angezählt worden sei. Im Anschluß hieran kommt er zu dem merkwürdigen Schluß: „Diese Ziffern geben also keine Unterlage für

(Die Eingabe der Deutschen an den Völkerbund wegen der Agrarreform in Polen.)

die Annahme, als wenn die Agrarreform mit einer besonderen antideutschen Tendenz durchgeführt worden sei.“ (S. 523.)

In Pommerellen betrage, so führt der Verfasser weiter aus, das ganze Gebiet, das sich für die Zwecke der Agrarreform eigne, 290 187 ha, von denen sich 176 660 oder 60,9 % in deutschen Händen befänden. In den Jahren 1923 bis 1. Oktober 1927 seien in Pommerellen freiwillig und zwangsweise aus polnischer Hand 4259,82 ha und aus deutscher Hand 444,95 ha, also kaum 9,5 % parzelliert worden. „Eine Beschwerde wäre also eher von polnischer als von deutscher Seite berechtigt. Was den deutschen Vorwurf angeht, Posen und Pommerellen würden zu Gunsten der Agrarreform in höherem Maße als andere Gebiete belastet, so ist die Tatsache, daß diese beiden Wojewodschaften im Verhältnis zur durchschnittlichen Bevölkerung Polens schwächer bevölkert sind, ein hinreichendes Argument, das für eine intensivere Anwendung der Agrarreform zu Populationszwecken in diesen Teilen des Landes spricht“ (S. 523).

Die Vorwürfe der Beschwerdeführer müsse man, so schließt der Verfasser seinen Aufsatz, als mit dem wirklichen Sachverhalt in Widerspruch befindlich erklären.

[Petycja Niemców do Ligi Narodów z powodu reformy rolnej w Polsce; in der Zeitschrift: „Sprawy narodowościowe“, herausgegeben vom „Instytut Badań Spraw Narodowościowych“ (Forschungsinstitut für Nationalitätenfragen), Jhg. I, Nr. 5/6 (Warschau 1927), S. 520—523.]

(52)

### Die angebliche Verminderung des polnischen Grundbesitzes in den Westgebieten.

Im „Dziennik Poznański“ glaubt ein anonymes Verfasser seine Landsleute vor dem angeblich bedrohlichen Anwachsen des deutschen Grundbesitzes in den Westgebieten, also besonders Posen und Pommerellen, warnen zu müssen. In den Jahren 1926/27 seien in Pommerellen 145 Besitzungen mit über 2000 ha aus polnischer in deutsche Hand übergegangen. In Großpolen hätten die Deutschen in der gleichen Zeit 142 Besitzungen an sich gebracht. Der Schreiber des Artikels sieht in diesen Vorgängen einen systematischen Vorstoß des Deutschtums, der um so verdächtiger sei, als die Käufer vorwiegend unvermögende Leute seien, denen von deutschen und holländischen Banken langfristige Hypothekenkredite zur Verfügung gestellt wurde. So seien bis zum 1. März 1927 für derartige Zwecke 43 491 258 Zloty vom Auslande her nach Posen und Pommerellen geflossen.

Und das sei der Stand der Dinge zu einer Zeit, wo die Niederlassungsfrage der Deutschen noch nicht geregelt sei.

„Aber schon jetzt ist die deutsche Penetration auf dem Gebiete Westpolens sehr stark. Die organisierte Aktion der systematischen Stärkung des deutschen Besitzstandes in den westpolnischen Gebieten darf nicht leicht genommen werden, . . . . die Tatsache systematischer Kolonisation durch das deutsche Element muß ernstest Beunruhigung hervorrufen.“

[„Dziennik Poznański“, Nr. 63 (16. III. 1928), S. 1.] (44)

### Siebeneichen, A. Entwicklung des Danziger Hafens im Jahre 1927.

Der schon im letzten Heft der „Ostland-Berichte“ erwähnte Abteilungsdirigent im polnischen Ministerium für Handel und Gewerbe, A. Siebeneichen, setzt unter dem obenstehenden Titel im amtlichen Organ seines Ministeriums gewissermaßen einen Abschnitt seines von uns besprochenen Beitrages zu dem von Professor Kutrzeba herausgegebenen Sammelwerke fort.

Wieder ist es der stark optimistische Ton, der auffällt. Und wo der Verfasser keine konkreten Angaben machen kann oder diese

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.



geradezu in Widerspruch zu seiner These stehen müßten, da stellt sich zur rechten Zeit eine elegante nichtsagende Phrase ein. Dabei fällt dem Verfasser augenscheinlich gar nicht auf, daß er sich in logischen Widersprüchen bewegt. Kurz nach dem Kriege war in der polnischen Publizistik und auch noch in der im Jahre 1925 erschienenen Schrift von Dr. Slawski über Polens Zugang zum Meere immer wieder zu lesen, daß der Hafenverkehr Danzigs zu preußischer Zeit durchaus nicht die ihm zukommende Höhe gehabt habe, weil Danzig von seinem „natürlichen Hinterlande“ abgeschnitten gewesen sei, und daß diese Friedenszahlen bei weitem übertroffen werden würden, wenn Danzig erst der Ausfuhrhafen Polens sein werde. Gegenüber diesen übertriebenen Behauptungen ist Siebeneichen wesentlich vorsichtiger. Er sieht merkwürdigerweise den angeblichen gewaltigen Aufschwung des Danziger Wirtschaftslebens nach dem Kriege darin, daß es den Vorkriegszustand wieder erreicht! So erklärt er in den Vorbemerkungen zu seinen Ausführungen:

„Die Angaben, welche den Warenumsatz und Schiffsverkehr im Danziger Hafen betreffen, bestätigen von Jahr zu Jahr die Richtigkeit der Voraussetzungen, daß dieser Hafen nach der Einfügung in das polnische Wirtschaftsgebiet eine glänzende Blüte erleben und nicht nur in kurzer Zeit die Vorkriegs-Umsätze erreichen, sondern sogar eine Vermehrung der Umsätze aufweisen wird, die dadurch hervorgerufen ist, daß der Seehandel Polens nach Danzig geleitet wird. Schon in den vorhergegangenen Jahren mußte jeder unvoreingenommene Wirtschaftsforscher aus den in Betracht kommenden statistischen Angaben einen ausdrücklichen Fortschritt in der Entwicklung des Danziger Hafens herauslesen. Das Jahr 1927 weist noch stärker als die vorhergehenden ein Aufblühen des Danziger Hafens auf, ein Aufblühen, das kühn einen Vergleich mit den besten Vorkriegsjahren Danzigs aushalten kann.“<sup>1)</sup>

Nach dieser überraschenden Logik bedeutet also die Wiederherstellung eines früheren Zustandes einen gewaltigen Fortschritt gegenüber diesem Zustande! Aber selbst durch die rosarote Brille gesehen muß Siebeneichen zugeben: „Allerdings sind in der Struktur des Warenumsatzes über Danzig sehr weitgehende Änderungen eingetreten.“ Damit bezeichnet der Verfasser, ohne es zu sagen, die Tatsache, daß wichtige Ausfuhrartikel, die der Danziger Wirtschaft große Gewinne brachten, wie Zucker und Getreide, fast ganz fortgefallen oder zum mindesten stark zurückgegangen sind. Doch Siebeneichen sieht in dieser „Änderung der Struktur des Warenumsatzes“, wie er sich sehr vorsichtig ausdrückt, sogar einen Vorteil für das Danziger Wirtschaftsleben! Und hier treffen wir wieder auf eine eigenartige Logik. So versichert der Verfasser: „Schon allein die Tatsache, daß Danzig der bedeutendste Ausfuhrhafen Polens wurde, bildet eine hinreichende Stütze für eine derartige Behauptung.“

In den folgenden Ausführungen macht der Verfasser dann den krampfhaften Versuch, den angeblich bedeutenden Aufschwung des Danziger Hafens durch spezielle Angaben zu erweisen.

Zunächst führt er die Zahlen über den Schiffsverkehr an, die auf unkritische Beobachter leicht den gewünschten Eindruck machen können. So verkehrten im Jahre 1913 im Danziger Hafen 5765 Schiffe mit 1 861 691 Netto-Reg.-To., während im Jahre 1926 sich die Zahl der Schiffe fast verdoppelte (11 930) und die der Netto-Reg.-To. fast verdreifacht hatte (6 828 320). Für 1927 ist ein weiteres Anwachsen festzustellen (13 892 Schiffe mit 7 832 431 Netto-Reg.-To.). Auch daß sich das Flaggenbild der im Danziger Hafen verkehrenden Schiffe vergrößert hat, ist nach Siebeneichen ein unbedingtes Zeichen für den Aufschwung des Danziger Hafens, „der vor dem Kriege einen ausgesprochen lokalen Charakter trug, während er jetzt den Charakter eines Welthafens angenommen hat.“

Ein dritte Stütze für seine Behauptung sieht der Verfasser in der starken Zunahme des Warenumsatzes. Hier führt er folgende Zahlen (in Tonnen) an:

<sup>1)</sup> Von uns gesperrt. (Red.)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt
1913	1 233 630	878 471	2 112 101
1925	690 779	2 031 969	2 722 748
1926	640 696	5 659 605	6 300 301
1927	1 517 194	6 380 420	7 897 614

Wenn also hier eine dauernde und beträchtliche Zunahme des Gesamtumfahes festzustellen, so ergibt sich aber aus den vom Verfasser selbst angeführten Zahlen für die einzelnen Artikel, daß gerade für die wichtigen und hochwertigen Ausfuhrartikel wie Getreide bezw. Mühlenprodukte und Zucker das Jahr 1927 einen bedeutenden Rückgang aufweist. Während im Jahre 1926 durch den Danziger Hafen 268 400 to Getreide bezw. Mühlenprodukte und 181 000 to Zucker ausgeführt wurden, betragen die Zahlen für 1927 nur 52 600 to und 138 200 to. Die Zahlen für Kohlen, Holz und Zement weisen allerdings eine steigende Tendenz auf:

	1925	1926	1927
Kohlen	618 000 to	3 404 400 to	4 103 200 to
Holz	901 900 to	1 389 000 to	1 740 400 to
Zement	1 300 to	23 000 to	123 900 to

Wie gering aber die Bedeutung der polnischen Kohlenausfuhr für das Danziger Wirtschaftsleben ist, bedarf keines besonderen Hinweises. Und dabei macht diese fast  $\frac{3}{4}$  der Gesamtausfuhrmenge in den Jahren 1926 und 1927 aus.

Unter den Einfuhrartikeln wiesen in den letzten drei Jahren (1925, 1926, 1927) eine steigende Tendenz auf: Erze (60 837; 201 621; 335 601 to); Eisen und Stahl (erst seit 1926: 12 544; 155 438 to); Kunstdünger (123 112; 102 835; 262 084 to) und Feringe (41 341; 76 979; 91 115 to).

Der Verfasser bemerkt zu der Frage der Erzeinfuhr: „eine weittragende Bedeutung hat die Zunahme der Einfuhr der schwedischen Erze durch den Danziger Hafen. Denn auf diesem Gebiet spielt sich ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen Danzig und Stettin ab. Dank der zielbewußten Eisenbahn-Tarif-Politik, welche die polnische Regierung betreibt, ist der Kampf zu Gunsten Danzigs entschieden worden, und infolgedessen nehmen die Einfuhrmengen des Erzes über diesen Hafen immer mehr zu.“

[Przemysl i Handel, Rolnictwo, Finanse, Komunikacje.  
Jhg. IX, Heft 11 (10. III. 1928), S. 449 ff.] **(49)**

### Der Seehafen in Dirschau.

Die Lemberger Zeitung „Stowo Polskie“ druckt aus der Zeitschrift „Przemysl i Handel“ einen Aufsatz des Ingenieurs St. Legowski ab, der einige beachtenswerte Angaben enthält.

In der Einleitung weist der Verfasser darauf hin, daß der Ministerrat am 11. Februar 1928 beschlossen hat, die Verwaltung des Hafens in Dirschau der Kompetenz des Seeamtes in Gdingen zu unterstellen, und daß in Kürze eine dementsprechende Verordnung des Staatspräsidenten ergehen werde. Dadurch erhalte die durch die Initiative der Gesellschaft „Wisla-Baltyk“ geschaffene Lage eine gesetzliche Anerkennung. Diese Gesellschaft habe keine Kosten gescheut, um eine stattliche Flotte, bestehend aus 5 Schlep-pern und 14 Barken zu schaffen. Ferner habe sie das Weichselufer oberhalb der Dirschauer Brücke instandgesetzt und eine Band-ladevorrichtung geschaffen, welche 300 to in der Stunde bewältigen könne. Der Schiffsbestand der Gesellschaft „Wisla-Baltyk“ könne monatlich mehr als 20 000 to bewältigen, während die technischen und Eisenbahnanlagen einer Monatsmenge von 100 000 to gewachsen seien. Der empfindliche Mangel an Schiffsmaterial sei der einzige Grund, weshalb der Kohlenexport über Dirschau nicht be-trächtlich wachse. Die Gesellschaft sei finanziell nicht mehr in der Lage, ihren Schiffsbestand zu vergrößern. Aber bisher hätten keine fremden Schiffe im Dirschauer Hafen verkehrt. Und diesen anormalen Zustand zu beheben, sei Aufgabe der oben erwähnten Verordnung. Hiernach könnten die Dirschauer Schiffe in dem Register für Seeschiffe beim Kreisgericht in Neustadt geführt werden. Der Artikel 4 der genannten Verordnung bestimme, daß

vorkäufig noch keine Hafengebühren in Dirschau erhoben werden sollten.

Verfasser schließt seinen Aufsatz mit folgenden Bemerkungen: „Wenn wir bedenken, daß über Dirschau monatlich schon 50 000 to Kohle ausgingen, hiervon allerdings das meiste über Danzig zur abermaligen Umladung, dann können wir versichern, daß die gegenwärtige Verordnung dazu beitragen müßte, fremde Schiffe zum Anlegen in diesem Hafen zu veranlassen. In diesem Falle kann die Exportfähigkeit Dirschaus sich mit Leichtigkeit auf jährlich 1 000 000 to steigern, einer Menge, der Eisenbahn und technische Einrichtungen aufs vollkommenste angepaßt sind.“

[„Stowo Polskie“, Nr. 54 (24. II. 1928), S. 10.] (46)

### **Unter welchen Bedingungen arbeitet die oberschlesische Industrie?**

In der Kattowitzer Zeitung „Polonia“ weist Dr. L. Fall darauf hin, daß, während man in Deutschland nur kurz nach der Revolution von 1918 an die Sozialisierung der Betriebe gedacht, diese aber nie ausgeführt habe, man in Oberschlesien alle Erscheinungen einer Sozialisierung habe, denn hier seien sowohl die Festsetzung der Arbeiterlöhne als auch die Preispolitik vollkommen der Verfügung der Unternehmer entzogen worden. Die Löhne würden in letzter Instanz von dem Ministerium für Arbeit und sozialen Schutz festgesetzt, wobei gar keine Rücksicht darauf genommen würde, ob die Industrie diese Löhne tragen könne und ob sie nicht die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Industrie auf den Auslandsmärkten untergrabe.

Auch die Preisfestsetzungen für die Erzeugnisse der oberschlesischen Industrie liegen in den Händen der Regierung. Hierbei ergebe sich die merkwürdige Tatsache, daß, während von Juli 1926 — September 1927 die Lebensmittelpreise um 19,2 %, die Preise für Industrieerzeugnisse um 62 %, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 25,7 % und die Eigenkosten der Kohlenindustrie infolge von Lohnerhöhungen und anderer Belastungen um 30 % gestiegen seien, die Kohlenpreise während der ganzen Zeit unverändert bleiben mußten. Man könne also einfach sagen, die oberschlesische Industrie befinde sich unter Zwangsverwaltung.

Anderen Produktionszweigen gegenüber wende die Regierung dagegen einen derartigen Zwang nicht an, sondern dulde Preiserhöhungen und mache diese sogar selbst als Unternehmer (z. B. in der Naphtha-Industrie) mit. Welche Ziele die Regierung mit dieser unverständigen Politik verfolge, sei nicht zu erkennen. Die Folge sei, daß inländische Kapitalkreise einer in dieser Weise sozialisierten Industrie kein Geld leihen wollten und diese daher gezwungen sei, Kapitalien zu hohem Zinsfuß im Auslande zu leihen.

[„Polonia“, Nr. 36 (5. II. 1928).] (54)

### **Kwiatkowski, J. H. Die Stadt Gdingen.**

Der Verfasser erinnert daran, daß vor noch nicht allzulanger Zeit die Ansichten darüber, wo Polen seinen Hafen einrichten müsse, geteilt waren. Gdingen, Dirschau und die Puffiger Bucht wurden in Rechnung gezogen. Dann sei Gdingen gewählt worden. Mit dem Beginn des Hafenbaus habe dann Gdingen, das bis dahin ein Fischerdorf von ungefähr 2000 Einwohnern war, anfangen zu wachsen und sich auszudehnen. Jetzt seien die Augen ganz Polens auf diesen Ort gerichtet, der die Vermittlung zwischen ihm und der Welt übernehmen solle. Der Ausbau Gdingens sei erst mit der Übernahme durch Polen eingetreten, denn vorher habe es auch als Badeort, trotz seiner schönen Lage und seiner guten Verbindungen bei der scharfen Konkurrenz Zoppots nur wenig Ausichten gehabt. Gdingens Ausbau als Badeort habe dann die „Erste Polnische Seebädergesellschaft“ („Pierwsze Polskie Towarzystwo Kapieli Morskich“) übernommen, die das Gut Steinberg (jetzt „Kamienna Góra“) angekauft und hier schon fast 100 Villen erbaut habe.

Das künftige Groß-Gdingen sei in folgenden Grenzen gedacht: nach Norden mit Einfluß von Obluch und Kielau (Orhöft ist bereits bei der Erteilung der Stadtrechte in Gdingen eingemeindet), nach Westen mit Einfluß eines Streifens der Staatsforsten, ferner von Wittomin und Klein-Kah, nach Süden bis an das Gebiet der Freien Stadt Danzig. Der Flächeninhalt dieses Bezirkes betrage ungefähr 6000 ha. Die Marine habe sich an den Abhängen der Orhöfter Höhe niedergelassen und hier Kasernen und das Flottenkommando erbaut. Der Handelshafen, der „das eigentliche Herz Groß-Gdingens und der wichtigste Faktor seiner Entwicklung“ sei, baue sich längs des ehemaligen Kielaubaches auf sumpfigem und torfigem Gelände auf, die Stadt entwickle sich in der Richtung nach Süden. Der Bebauungsplan, der vom Hafen bis zur Kreuzung der St.-Johannisstraße mit der Danziger Chaussee reiche, bilde einen nach Norden offenen Fächer. Die Bebauung gehe dank der durch Vermittlung der Regierung erteilten Kredite der „Bank Gospodarstwa Krajowego“ schnell vorwärts, könne aber doch mit dem beständig wachsenden Tempo des Hafenbaus nicht Schritt halten.

Der Gdingener Magistrat unter Leitung des Bürgermeisters Krause habe für das laufende Jahr die Pflasterung von zwölf Hauptstraßen im Stadttinnern und die Fertigstellung der wichtigsten Verbindung vom Bahnhof zum Meere vorgesehen. Das künftige Aussehen der Stadt lasse sich schon jetzt im Grundriß erkennen: Den Norden und Nordwesten in der Nähe des großen Rangierbahnhofs, des Bassins und des Industriekanals würden Industrieunternehmungen, Fabriken, Magazine, Speicher einnehmen; der Strich vom Hafen nach Süden zu werde dem Handels- und Bankwesen zufallen, hier dürfte man auch die Errichtung von Repräsentationsgebäuden des Großhandels, der ausländischen Banken usw. erwarten. Zwischen dem Hafen und der Stadt werde der Bau eines Gaswerks geplant. In dessen Nähe wolle man die Wagenschuppen der elektrischen Bahnen errichten, als deren erste Linie die Verbindung Kielau-Zoppot in Aussicht genommen sei. In derselben Gegend, aber nahe an der Bahn, solle eine Markthalle und das städtische Schlachthaus erbaut und weiter nach Kielau zu, ebenfalls in der Nähe der Bahn, solle ein Auswanderungslager eingerichtet werden. Bei der Lösung der Wohnungsfrage berücksichtige man die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete des Bauwesens, der Hygiene und der Bequemlichkeit. Zum Wohnteil Gdingens sei das staatliche Gelände bestimmt, das um den bisher bebauten Teil liege. Dieser solle den Charakter einer Gartenstadt haben. Dann werde eine Beamtenkolonie entstehen, ferner ein Terrassenfriedhof nach dem Muster des Wilnaer Friedhofes. Auf der anderen Seite der Danziger Chaussee neben der Offizierskolonie würden schon die Fundamente für eine Arbeiterkolonie gelegt, in welcher die beim Hafen und bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter ein Unterkommen finden sollten. Außerdem werde noch eine besondere Kolonie für die Marinearbeiter in Orhöft geplant. Vorgesehen in dem Bebauungsplan sei ferner der Bau einer Straße nach Orhöft, das jetzt durch die Hafenanlage von der Stadt abgeschnitten sei, der Bau eines 23 m hohen Gebäudes mit Brandwache im Mittelpunkt der Stadt, die schon begonnene Anlage einer Fischerkolonie, die 16 Häuschen umfassen solle, die Anlage von zwei Marktplätzen, von denen der eine für Handels-, der andere für Repräsentationszwecke bestimmt sei. Die weitere Entwicklung der Stadt werde davon abhängen, wie sehr sich die polnische Gesellschaft, besonders Industrie und Handel für sie interessieren werde. Besonders werde man darauf achten müssen, keine fremden Elemente, in erster Reihe Juden zuzulassen. „Dieser Gefahr beugen wir am erfolgreichsten vor, wenn wir auf die Wache dieses unseres Fensters zur Welt eine starke Schar polnischer Kaufleute, vollwertiger, ihrer Aufgaben und ihren Pflichten bewußter Leute stellen.“

[„Miasto Gdynia“; in: Roczniki Korporacji Studentów Uniwersytetu Poznańskiego „Pomerania“, Jhg. II (Posen 1927), S. 15—19.]

(48)

Für die Herausgabe verantwortlich: Staatsarchivrat Dr. Kede in Danzig, Am Jakobstor 5/6.

Druck von W. F. Burau, Danzig.